Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 3 (1977)
Heft: 5

Artikel: Frauen, dazu sagen wir nein
Autor: L.B.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-358600

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Zeitung der Frauen für die Sache der Frau

Emanzipation, 4057 Basel, Hammerstr. 133
Hrsg.: OFRA (Organisation für die Sache der Frauen) Redaktion: K.Bohren
10 Nr. im Jahr, 3 mal mit Magazin
Im Abo 9.50 Fr., Einzeln –.50 Fr.
Druck: ropress 3.Jg. Nr. 5 JUNI 77

Emanzipation

Frauen, dazu sagen wir NEIN

(L.B.) Das "Sparpaket" ist im National- und Ständerat durchgekommen. Die darin geplanten Sparmassnahmen bedeuten einen massiven Sozialabbau. Der Bund will seine Sparbereitschaft demonstrieren, damit das Gegenstück dazu, das Finanzpaket, am 12. Juni vor dem Stimmvolk Gnade findet.
Zwei Pakete, verhüllt und verschnürt in kompliziertem Verbrämungsdeutsch, die uns Frauen aber zur klaren Stellungnahme zwingt:
Die OFRA hat an ihrer nationalen Vorstandssitzung vom 20. Mai beschlossen:
- **NEIN zu einer unsozialen Steuer, NEIN also zur Abstimmung über das FINANZPAKET,**
- **Unterstützung des REFERENDUMS GEGEN DAS "SPARPAKET".**

Im Rahmen des "Sparpaketes" wurden 37 Gesetze geändert. Die Einsparungen treffen hauptsächlich die Posten Unterricht und Forschung, öffentlicher Verkehr und die Subventionen an die Krankenkassen. Das Budget der Krankenkassen ist bereits früher schon strapaziert worden; Subventionskürzungen hatten dazu geführt, dass die meisten Krankenkassen die gynäkologischen Voruntersuchungen nicht mehr bezahlen. Zudem kann die alte Forderung "Gleiche Prämien für Mann und Frau" nur erfüllt werden, wenn Bundessubventionen zur Verfügung stehen.
Angesichts der einschneidenden Sparmassnahmen muss man fragen, weshalb z.B. das Militärbudget davon unberührt bleibt und ab 1978 den grössten Posten des gesamten Bundesbudget überhaupt bildet!

2 MILLIARDEN FRANKEN VERDUFTEN JÄHRLICH

Der Bund will mit den oben genannten Kürzungen etwa 1/2 Milliarde Franken sparen. Zum Vergleich aber einige Zahlen:
Es kann angenommen werden, dass dem Bund jährlich etwa 2 Mia. Franken an Steuern hinterzogen werden. Der ausgewiesene Bruttogewinn der 5 grössten Banken der Schweiz erreicht die astronomische Summe von 1 Mia. Franken. Das Total derBilanzsumme ist wesentlich höher als das Bruttosozialprodukt der Schweiz. Die Gewinnerhöhungen mitten in der Krise betrugen dieses Jahr im Durchschnitt zwischen 12 und 16%.
Gespart wird an den Sozialleistungen.

Besonders die Kürzungen bei den Krankenkassen treffen die Frauen sehr hart.

DAS REFERENDUM UNTER STÜTZEN!

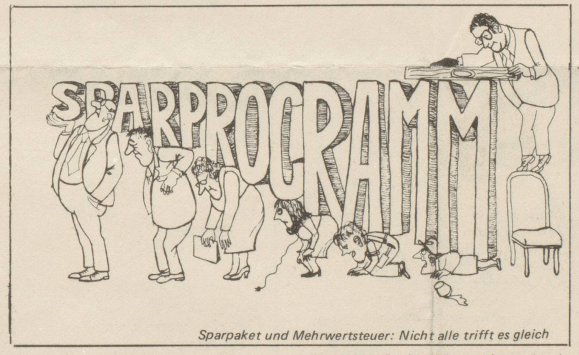
Die OFRA hat das Referendum gegen das "Sparpaket" mit ergriffen und wird Unterschriften dafür sammeln. (Unterschriftenbogen sind bei unserem Sekretariat erhältlich.)

Die Abstimmung am 12. Juni
Das "Finanzpaket" umfasst 2 Teile, über die getrennt abgestimmt wird, nämlich:
1. Ablösung der Warenumsatzsteuer (Wust) durch die Mehrwertsteuer und definitive verfassungsmässige Verankerung der Wehrsteuer(Durch diese direkte Bundessteuer sollen neu Jahreseinkommen erst über 25'000 Fr. besteuert werden).
2. Steuerharmonisierung, wobei es sich bloss um eine formale Steuerharmonisierung handelt, der Steuerflucht in andere Kantone wird kein Riegel geschoben.

Kernstück der Abstimmungsvorlage und aller Auseinandersetzungen ist die Mehrwertsteuer.

MEHRWERTSTEUER = INDIREKTE STEUER

Die Einnahmen des Bundes können grundsätzlich über direkte Steuern (Einkommenssteuern) oder über indirekte Steuern (Steuern auf Konsumgütern und Dienstleistungen) erfolgen. Indirekte Steuern bedeuten für die unteren Einkommensschichten natürlich eine viel grössere Belastung als für die Grossverdiener, denn nicht für alle ist z.B. ein 5-Fränkler gleich viel wert.
Die Mehrwertsteuer ist eine indirekte Steuer.
Wir Frauen, die wir meistens einen Haushalt führen, müssen uns darüber ganz im Klaren sein: Unser Budget wird durch die Mehrwertsteuer stärkstens betroffen. Denn die Einführung der Mehrwertsteuer bedeutet eine Erhöhung der Preise. Man rechnet damit, dass ein durchschnittliches Familienbudget durch die Mehrwertsteuer ungefähr doppelt so stark belastet würde wie heute durch die Wust.
Trotz einigen Erleichterungen bei der Wehrsteuer, müssten wir also letztlich noch massiv draufbezahlen. Die Konsumgüterpreise würden enorm steigen, der Konsument bekäme weniger für sein Geld. Jetzt in der Krise wäre das natürlich doppelt schlimm.
Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sei darauf hingewiesen, dass die Einführung der Mehrwertsteuer die Inflation anheizen würde.
(Mit dem Finanzpaket soll übrigens auch der Reichtumssteuer der Sozialdemokratischen Partei, die im Dezember zur Abstimmung gelangt, der Boden entzogen werden. Die Reichtumssteuer würde die höheren Einkommen stärker belasten.)



Sparpaket und Mehrwertsteuer: Nicht alle trifft es gleich

VON DER WUST ZUR MEHRWERTSTEUER

"Die Mehrwertsteuer trifft wie die Wust den Umsatz, aber sie wird anders erhoben, nämlich bei jedem Verkauf von Gütern und Dienstleistungen auf jeder Stufe (...) Es ist also der Konsument, der die Steuer bezahlt, aber es sind die Unternehmungen, die die Steuer der Steuerverwaltung abliefern" heisst es in den Erläuterungen zur Abstimmungsvorlage.
Bei der Wust sind mehrere Güter von der Besteuerung ausgenommen. Insbesondere sind die Grundbedarfsartikel in einer Freiliste festgehalten. Durch die Mehrwertsteuer würden diese Artikel auch besteuert und somit verteuert. Diese Güter fallen im Budget unterer Einkommensfamilien stark ins Gewicht.
Wie wir schon sagten,haben die Banken in der Krise Riesengewinne gemacht. Und nun — man staune— sollen Banken und Versicherungen von der Mehrwertsteuer ausgenommen werden.

NEIN ZUR MEHRWERTSTEUER!

Sollen wir, die Frauen, nichts von der komplizierten Materie verstehen? Sind wir zu wenig stark organisiert, als dass unsere Meinung ernstgenommen würde? Soll man an uns sparen können, weil wir ja doch nie reklamieren?
Doch, wir wehren uns mit allen Mitteln gegen den Sozialabbau. Und die OFRA hat alle Frauenorganisationen aufgerufen, dem Sparpaket und der Mehrwertsteuer eine klare Abfuhr zu erteilen.
Wir unterstützen das Referendum gegen das "Sparpaket"! Wir stimmen am 12. Juni NEIN zur Mehrwertsteuer. ●

Am 20. Mai feirten die Sahrauis den Beginn ihres Unabhängigkeitskampfes vor 4 Jahren. (vgl. Augenzeugenbericht S. 41)

OFRA

Ofra ist der neue Name für die "Organisation für die Sache der Frauen".Warum nicht mehr Safra,werden all diejenigen fragen, die sich bereits an unseren Namen gewöhnt haben.Die SAFFA (Schweiz.Ausstellung für Frauenarbeit) hat Klage gegen die Safra erhoben,der Name klingt zu ähnlich,Verwechslungen seien nicht zu vermeiden.Wir können rechtlich dagegen nicht sehr viel einwenden und wollen es auch nicht darauf ankommen lassen, den Richter darüber entscheiden zu lassen.Allerdings finden wir es sehr mühsam, wenn eine Organisation,die ähnliche Postulate wie wir vertritt,auf rechtlichem Weg gegen uns vorgeht und uns damit nicht zuletzt finanziell schädigt (Prozesskosten sind bekanntlich sehr hoch).Frauenorganisationen haben es auch sonst schon genug schwer,sie sollten deshalb zumindest miteinander vernünftig umgehen.Wir verzichten auf einen Prozess und nennen uns ab sofort Ofra.

LIEBE LESERINNEN,

Wegen der Pfingsttage erscheint diese Nummer der "Emi" mit etwas Verspätung. Wir bitten Sie deshalb um Entschuldigung und wünschen Ihnen trotzdem viel Spass beim Lesen!

Ganz herzlich möchten wir alle Frauen, die Interesse und ein wenig Zeit haben, an der "Emi" in irgendeiner Weise mitzumachen, zu unserem ersten Mitarbeiterinnen–Treffen einladen. Am Samstag, den 11. Juni um 15.00 Uhr im Restaurant "Salmen", Ringstr. 39 in Olten.

Mit freundlichen Grüssen

Ihre Redaktion

Ja zur Fristenlösung

(S.G.) Endlich ist es so weit: am 25. September wird die Volksinitiative 'für eine Fristenlösung' (mit freier Arztwahl) zur Abstimmung gelangen.
Nachdem die erste Initiative schon 1971 durch eine vorwiegend bürgerliche Gruppe eingereicht und später wieder zurückgezogen wurde, und seither eifrig Aufklärungsarbeit von verschiedenen Organisationen für die Fristenlösung geleistet worden ist, gilt es jetzt auf die Abstimmung hin energisch in unserem Umkreis Diskussionen zum Thema anzuregen, zu informieren und dieser zweiten, dringend nötigen Initiative durch aktive Propagierung zur Annahme durch die Bevölkerung zu verhelfen!

Frauenfeindliche Gesetzgebung

Es ist empörend, dass Frauen heutzutage auf Grund der Gesetzgebung von 1918 zu einer unerwünschten Mutterschaft mit all ihren Folgen gezwungen werden, wenn man weiss, wie wenig die Gesellschaft bisher für das Wohl des Kindes und der Mutter besorgt ist - besonders empfindlich trifft es die ohnehin sozial Benachteiligten. Oft sind gerade diejenigen, welche sich vehement mit ethischen und moralischen Argumenten gegen die Fristenlösung wehren, nicht bereit, eine soziale Gesetzgebung für Mutter und Kind zu fordern. Z.B. Revision des Eherechts, Mutterschaftsrecht, . . Einrichtung sozialer Institutionen.
Als 'Alternative' zur Fristenlösung will der Bund ein Gesetz mit sozialer Indikation vorschlagen, was der Willkür weiterhin freie Bahn lässt und die Bevormundung der Frauen weiterführt.

Ethik von Fall zu Fall

Wie ernst es dem Ständerat mit ethischen Grundsätzen ist, erhellt der 'gewisse Meinungsumschwung aus taktischen Gründen', wie es Kommissionspräsident Andermatt (fdp., Zug) am 6. Mai der Presse darstellte. Der Ständerat hatte beschlossen, grundsätzlich dem Nationalrat in der Frage der sozialen Indikation beizupflichten, nachdem er lange Zeit an der Unannehmbarkeit dieses Passus festgehalten hatte. Grund: ein Gesetz mit einer selbständigen sozialen Indikation stelle gegenüber der Volksinitiative politisch eine grössere Konkurrenz dar. Der Gesetzesvorschlag soll jedoch erst nach der Abstimmung veröffentlicht werden, falls es dann noch nötig sei. Wir wollen durch Information über die Fristenlösung die katastrophalen Auswirkungen einer Ablehnung verhindern!

Schweiz. Sozialarch.
Abt. Periodica
Neumarkt 28
8001 Zürich

AZ 8026 Zürich